

Nationale Strategien des Irrsinns

Sie sind die neuste Wunderwaffe der Staatsgläubigen:
sogenannte nationale Strategien gegen alles und für jedes.
Sie wirken wenig, aber kosten viel.

Philipp Gut

Nationale Strategien» nennt sich ein beliebtes Instrument nationaler Politiker. Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP) fordert eine «nationale Strategie des Wasserverbrauchs». Christine Bulliard-Marbach (Mitte) möchte eine «nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung». Sibel Arslan (Grüne) verlangt eine «Strategie und einen Aktionsplan gegen Antisemitismus». Hans Stöckli (SP) will Adipositas in die «nationale Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten» aufnehmen.

Schleusen sperrangelweit offen

Die Forderung nach nationalen Strategien kann alles und jedes umfassen; sie können gegen alles und für alles eingesetzt werden, wie ein Blick in die Geschäftsdatenbank des Parlaments zeigt: von der Internetkriminalität zur Altersdemenz, vom Cybermobbing zur Krebsbekämpfung, von der Antibiotikaresistenz zu Frauenhäusern, von der Erschliessung der Tourismusregionen durch den öffentlichen Verkehr zur Bekämpfung von Gewalt gegenüber älteren Menschen, von der nationalen digitalen Sicherheit zur Überwachung und Förderung der Biodiversität und von einer «nationalen, mit den Kantonen koordinierten Strategie für den Mittelstand» bis zu einer «nationalen Strategie, um das Waldsterben in der Schweiz zu stoppen und die entstandenen Schäden zu beheben».

Besonders im Schwange sind nationalen Strategien im Gesundheitsbereich unter der Ägide des zuständigen Bundesamts für Gesundheit (BAG). So gibt es eine nationale Strategie zur Prävention der saisonalen Grippe, eine nationale Strategie Palliative Care, eine nationale Strategie zur Maserielimination, eine nationale Strategie zu Impfungen, eine nationale Strategie Sucht, eine nationale Strategie zum Schutz vor Spital- und Pflegeheiminfektionen, eine «Endemiestrategie Covid-19+» und so weiter und so fort.

Auch in der vergangenen Frühlingssession erschallte der Ruf nach nationalen Strategien im

Bundeshaus. Nehmen wir eine davon exemplarisch unter die Lupe: Am 14. März stimmte der Nationalrat einer Motion der Genfer SP-Parlamentarierin Estelle Revaz zu, welche die «Bekämpfung der Armut durch die Verlängerung des Präventionsprogramms und die Verabschiedung einer nationalen Strategie» verlangt. Damit gab die grosse Kammer ihren Segen zu einem umfangreichen, zeitlich nicht absehbaren Staatshandeln mit entsprechenden Kostenfolgen auf allen Ebenen, vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden. Die Motion fordert wörtlich:

1 — «das 2024 auslaufende nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut zu verlängern und die Plattform und das Monitoring bis mindestens 2030 mit ausreichenden Mitteln zu finanzieren»

2 — «eine nationale Strategie zur Bekämpfung der Armut zu verabschieden, um unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips die Kantone

Es braucht dringend eine nationale Strategie zur Beendigung der nationalen Strategien!

und Gemeinden in ihren Anstrengungen für den Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum und für die Sicherstellung würdiger Arbeitsbedingungen und Einkommen zu unterstützen. Für die Umsetzung dieser Strategie sind ausreichende Mittel bereitzustellen.»

Mehr können ein einzelner parlamentarischer Vorstoss und eine einzelne nationale Strategie nun wirklich kaum fordern und fördern wollen: Bildung, Gesundheit, Beruf, Familie, Wohnen, Arbeit, Einkommen – was für ein Wunschkonzert! Dass ein solch ausuferndes, schwammiges Ansinnen zur «Armutsbekämpfung» im Nationalrat erst noch deutlich durchkommt, ist – das Wortspiel sei erlaubt – ein Armutszeugnis für die Politik. Die Motion Revaz wurde mit 117 zu 59 Stimmen angenommen, ein-

zig die SVP-Fraktion war dagegen. Dass die linken Parteien einem derart pauschalen Staatsauftrag das Wort reden, überraschend nur bedingt. Dass aber auch die Freisinnigen, die Grünliberalen – die sich immerhin «liberal» nennen – und die bürgerliche Mitte mitmachen, ist schon eher erklärungsbedürftig. Offenbar sind die Schleusen in Bundesbern sperrangelweit offen – auch für solch nationale Strategien des staats- und finanzpolitischen Irrsinns.

Der Bundesrat lehnte die Motion zwar ab, allerdings nicht aus grundsätzlichen Überlegungen, sondern weil es auf Bundesebene bereits mehrere Geschäfte gebe, die sich mit der Armutsbekämpfung beschäftigten und weil er der «ordentlichen Behandlung dieser Geschäfte» nicht vorgreifen wolle. Bundesrätin und Sozialministerin Elisabeth Baume-Schneider (wie Motionärin Revaz eine Sozialdemokratin) betonte in der Ratsdebatte vielmehr, dass es einen «Handlungsbedarf» gebe. Neben der vom Nationalrat angestrebten nationalen Strategie gegen Armut fordert die SP-Fraktion ein eigenes «Armutsbekämpfungsgesetz».

Profiteure im Sozialkuchen

Bereits in den Jahren 2014 bis 2018 betrieb der Bund ein «nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut», das er bis 2024 verlängerte – und das der Nationalrat nun nochmals verlängern und anschliessend eben in eine nationale Strategie umwandeln will. Es handelt sich um ein Perpetuum mobile diverser Massnahmen, die bis anhin nichts Zählbares gebracht haben – und es wohl auch in Zukunft nicht tun werden. Die absurde Logik dieser Politik himmelhoch gesteckter Ziele, ob sie nun in «nationale Programme» oder in «nationale Strategien» gegossen werden, besteht nämlich darin, dass sie erklärermassen nichts nützen und dass sie, eben weil sie nichts nützen, verlängert und verlängert und verlängert werden.

Sie finden das maliziös? Dann hören wir doch den O-Ton der Regierung und des verantwortlichen Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV): «Der Bundesrat beurteilte im Jahr 2018 den Problemdruck angesichts der Armuts-

situation als weiterhin hoch und unterschied sich deshalb, die im Rahmen des nationalen Programms gegen Armut etablierten, bewährten Arbeiten bis Ende 2024 fortzusetzen.» An der Armutssituation hat sich nichts geändert, aber die Massnahmen haben sich bewährt. So kann man das auch sehen.

Deutlich wird bei genauerer Betrachtung, dass das Programm nicht eigentlich der Bekämpfung der Armut dient, sondern eher eine Armutsbekämpfungsindustrie im Speckgürtel der Verwaltung finanziert. So berichtet das BSV, das nationale Programm habe «fundiertes neues Wissen über Armut erarbeitet, Beispiele guter Praxis identifiziert und Akteure der Armutsprävention und -bekämpfung vernetzt». Von den Armen selbst kein Wort. Sie profitieren davon mit keinem Rappen. Umso mehr profitieren die «Akteure» im sozialen Beratungskuchen.

Auf Anfrage der *Weltwoche* legt das Bundesamt für Sozialversicherungen die Kosten offen: Das nationale Programm (noch nicht die angepeilte Strategie) kostet während fünf Jahren durchschnittlich 1,8 Millionen Franken, also neun Millionen, allein auf Bundesebene. Weitere Kosten für die «Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren», «Austauschmassnahmen», Analysen und Pilotprojekte fielen bei

Kantonen und Gemeinden an. Das «befristete» nationale Programm wurde dann 2018 verlängert und umbenannt in eine «nationale Plattform zur Bekämpfung und Prävention von Armut 2019–2024». Obwohl die Zusammenarbeit der verschiedenen Staatsstellen und weiterer Programmpartner bereits etabliert wurde, wurde weiterhin jährlich eine halbe Million Franken für die «Förderung der Zusammenarbeit» und die «Bearbeitung von Schwerpunktthemen» ausgegeben, also total nochmals 2,5 Millionen. Derzeit kläre der Bundesrat «eine allfällige Weiterführung» ab, so das BSV.

Bund weiss nicht, was er ausgibt

Und das ist noch nicht alles: Darüber hinaus finanzieren die Steuerzahler auch ein «nationales Armutsmonitoring», das sogar gänzlich unbefristet ist. Das Parlament hat bereits 2020 den Bundesrat beauftragt, «alle fünf Jahre einen umfassenden Bericht zur Armutssituation in der Schweiz vorzulegen». Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion sind seit 2022 angelaufen, ein erster Bericht soll Ende 2025 vorgelegt werden. Bundesseitig belaufen sich die jährlichen Kosten auf eine halbe Million Franken.

Die nationalen Strategien, Programme, Monitorings und dergleichen mehr sind häufig

nicht nur weitgehend wirkungslos, manche von ihnen sind auch nachweislich schädlich, wie etwa die nationale Strategie «Berufsbildung 2030», mit der die privaten Berufs-, Laufbahn- und Studienberater vom Staat mit unfairen Mitteln praktisch aus einem funktionierenden Markt gedrängt werden («Staat gegen Privat», *Weltwoche* Nr. 13/24).

Beim Begriff «nationale Strategie» handelt es sich übrigens nicht um einen rechtlich definierten Begriff. Die Politiker können damit machen, was sie wollen. Einen Überblick über den Wildwuchs hat nicht einmal die Bundesverwaltung selbst. Zur Anzahl und den Gesamtkosten laufender nationaler Strategien verfügt die Bundeskanzlei «nicht über Informationen», wie sie der *Weltwoche* mitteilt.

Solange das nicht klar ist und solange keine nachweisbaren Erfolgsauswertungen vorliegen, hier ein Vorschlag aus Sicht der Steuerzahler: Es braucht dringend eine nationale Strategie zur Beendigung der nationalen Strategien! Und was die Armutsbekämpfung betrifft: Wie wär's, wenn sich der Staat aus der Wirtschaftspolitik möglichst heraushalten und den Unternehmen mehr Luft zum Atmen und Arbeiten geben würde? Das würde die Armut wirkungsvoller bekämpfen als jede politische und bürokratische «Strategie».

★★★★★
„ICH MAG DEN
SANFTEN
GESCHMACK
SEHR.“

JENNI, 29



Rauchen fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu.

Fumer nuit gravement à votre santé et à celle de votre entourage. Il fumo danneggia gravemente te e chi ti sta intorno.